



## Veranstaltungen

**19. MÄRZ**

### Vortrag und Diskussion **Arbeitsplätze und Billiglohn**

Prof. Dr. Rudolf Hickel, Bremen  
Schleswig-Holstein-Haus, Pusch-  
kinstraße 12, 19055 Schwerin,  
Beginn: 19 Uhr

**25. MÄRZ**

### Studienzyklus **Haben wir einen Rechtsstaat?**

mit Wolfgang Neskovic, MdB  
Martinstraße 1, 19053 Schwerin,  
Beginn: 18 Uhr

**25. MÄRZ**

### Vortrag und Diskussion **Sarkozy und die Hegemonie des Neoliberalismus**

Ein Jahr Präsidentschaft von Ni-  
kolas Sarkozy in Frankreich. Eine  
Zwischenbilanz  
mit Elisabeth Gautier, Paris  
Schleswig-Holstein-Haus, Pusch-  
kinstraße 12, 19055 Schwerin,  
Beginn: 19.00 Uhr

**29. MÄRZ**

### Podium **Die NPD und ihr Umfeld**

mit Christoph Kopke und Andrea  
Röpke  
Christoph Kopke und Andrea  
Röpke stellen den Sammelband  
"88 Fragen zur NPD" vor.  
Kornhaus, Klosterhof 1  
Gemeinsam mit dem LV der VVN-  
BdA  
18209 Bad Doberan, von 10.30-  
14.30 Uhr

## Einladung

**22. APRIL 2008**

### **BO Amt Gadebusch Mitgliederver- sammlung**

mit Wahl des neuen BO-  
Vorstandes  
Ort: Geschäftsstelle Gadebusch,  
Lübsche Str. 9, Gadebusch  
Zeit: 17.00 Uhr

# Der lange Schatten der Landratswahl



Interessant waren nicht nur der Kreistag selbst, sondern schon die Tage zuvor. Anrufe aus SPD-Kreisen, wie denn die Linksfraktion beim Haushalt 2008 stimmen würde? Die SPD würde auch unseren Anträgen zustimmen. „Nachtigall, ich hör dir trapsen“, sagt der Berliner. Denn ohne Unterstützung der Linken und von linken Wählern wird es die Kandidatin der SPD, Frau Hesse, wohl schwer haben, Landrätin zu werden. Das weiß auch die SPD. Selbst bei CDU-Anhängern gibt es die Meinung, dass man Dr. Born (CDU) nicht wählen könne. Da ist guter Rat teuer. Für mich umso bedauerlicher, dass wir als Linke keinen eigenen Kandidaten/Kandidatin aufgestellt haben bzw. finden konnten.

### ■ Mehrheiten für alle Anträge unse- rer Fraktion

Wie wir in dieser Situation gegensteuern können, wird das heiße Thema auf der nächsten Kreisvorstandssitzung sein. Aber solche Sprüche wie: „Ich gehe gar nicht zur Wahl oder SPD habe ich noch nie gewählt und werde das auch jetzt nicht tun“, führen höchstwahrscheinlich zu einem Ergebnis, das wir alle nicht wollen. Über den eigenen Schatten zu springen, wird der einzige Ausweg sein.

Im Kreistag am 21. Februar konnten wir aus dieser diffusen politischen Lage unsere Vorteile ziehen und unsere linken Politikansätze durchsetzen.

### ■ Ausschuss soll Lösung für die Fahrbibliothek su- chen

Nur ablehnen war uns zu wenig. Wir wollen zu vernünftigen Strukturen bei den Bibliotheken im

ganzen Kreis kommen und das Geld des Kreises so einsetzen, dass möglichst alle davon profitieren und die Fahrbibliothek bleibt. Darum die Verweisung in den Ausschuss.

### ■ Privatisierung der Busunterneh- men abgewendet

Nur wir hatten uns damit gründlich damit beschäftigt und konnten das Gutachten aus Parchim, das besagt: Privatisierung des Busunternehmens bringt nichts. Nun will der zuständige Ausschuss sich damit befassen. Soll er, wir haben die akute Gefahr erst einmal abgewendet.

### ■ Falscher Ort für Kooperation

„Kooperation zwischen privaten Busunternehmen und dem Wismariner Verkehrsbetrieb“ - das gehört nach unserer Auffassung überhaupt nicht in das Haushalts-sicherungskonzept, also ersatzlos streichen. Auch dafür bekamen wir eine Mehrheit.

### ■ Beifall vom ganzen Kreistag

„Änderung der Strukturen bei der Schuldner- und Suchtberatung“ - schon aus der Aufgabenstellung denkt man, dass es hier um eine Institution geht. Weit gefehlt. Diese Einrichtungen befinden sich an mehreren Orten und bei ganz verschiedenen freien Trägern und über ihre Strukturen entscheiden sie selber, nicht der Landkreis. Unser Antrag: ersatzlos streichen. Auch dafür bekamen wir eine Mehrheit.

**Anmerkung:** Bei diesem Thema hat sich Roy Rietentidt aus unserer Fraktion und Vorsitzender des Sozialausschusses mit seinem Fachwissen eingebracht, den Landrat zu einer Auszeit gezwungen, um seine Fachleute zu konsultieren. Das Ergebnis blamabel für den Landrat: Er wusste immer noch nicht so gut Bescheid wie wir. Roy bekam ein dickes Lob aus dem Mund von Dr. Anderko, Fraktionsvorsitzender der CDU und anschließend den Beifall des ganzen Kreistages. Ein Novum im Kreistag, Lob für die Linken! Alles Wahlkampf oder was?

### ■ Haushalt mehr- heitlich gebilligt

Beschlüsse über Haushaltssi-  
cherungskonzept 2008 bis

2011 und Haushaltssatzung

Mehrheitlich wurde beides beschlossen, zum Teil auch mit unseren Stimmen. Die Kreisumlage mit 42,13 % stand seit 2007 fest, 3,3 Mio. Fehlbetrag weist der Haushalt für 2008 immer noch aus und die Personalkosten sind nicht realistisch angesetzt. Die Ergebnisse der laufenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst bleiben abzuwarten, aber das was im Haushalt steht, reicht bei weitem nicht. Insofern gibt es einen Haushalt für 2008, aber lange Bestand wird er nicht haben.

### ■ Noch eine Anmer- kung zur Schuldner- beratung

Wer hier Geld sparen will und auch nur daran denkt, vor Ort eine Institution dicht zu machen, der kennt das wahre Leben nicht. Bis zu 6 Monate müssen Menschen warten, die dringend einen Termin brauchen. Und hat sich vom Landkreis mal jemand bei der ARGE erkundigt, wie viele Hartz-IV-Empfänger an die Schuldnerberatung verwiesen werden?

Ohne deren Mithilfe kämen viele Menschen nicht aus den Schulden heraus und Vater Staat nicht zu seinem Geld. Aber mit Schuldnerberatung kann man sich nicht schmücken und Wahlkampf machen, darum lieber beschämt verschweigen.

*Luise Krüger  
Fraktionsvorsitzende*

(Fortsetzung von Seite 1)

Dr Winkel darauf hin, dass sich Rentner aus den neuen Bundesländern um die Früchte ihres gelebten Lebens betrogen fühlen. 1990 beschloss Die Volkskammer der DDR ein Gesetz zur Rentenproblematik, ein zweiter Teil sollte folgen, was dann aber nicht mehr geschah. Eine Teilnehmerin, die aus den alten Bundesländern wies darauf hin, dass auch hier besonders für geschiedene Frauen die Renten viel zu niedrig sind. Insgesamt schieden die Teilnehmer mit der Gewissheit, dass die Linke von ihren Sorgen und Nöten wisse und dass sie ihre ganze Kraft einsetzen werde, die Situation zu verbessern. Der dank galt Dr. Bartsch und auch Martina Bunge.

## Pflicht oder Kür?



Wie halten wir es mit der politischen Bildung? Mit unserer politischen Bildung? Betrachtet man die Aktivitäten dazu im Kreisverband, könnte man zum Schluss kommen, dass wir schon alles wissen bzw. uns solche Dinge nicht interessieren. Außer gelegentlichen Diskussionen in den Basisorganisationen und auf Gesamtmitgliederversammlungen gibt es keine organisierte Bildungsarbeit.

### Das kann es doch aber nicht sein - oder?

Jedenfalls sieht der Kreisvorstand die Notwendigkeit, auf diesem Gebiet etwas zu tun. Deshalb gibt es seit dem 06.02. auch einen entsprechenden Beschluss mit Konzept.

Was soll nun geschehen? Wir wollen - am 23.02. beginnend -

Gesprächsrunden organisieren, in denen politische Themen beraten werden. Zu Beginn muss natürlich ein Vorschlag auf den Tisch, der aber selbstverständlich abgeändert werden kann (und auch soll).

Die Themen sind aus dem "Leben gegriffen", aber auch der Notwendigkeit geschuldet, die Beratung zum neuen Parteiprogramm zu führen.

Tagen werden wir anfangs in der Geschäftsstelle in GVM, wollen aber auch in den BO's beraten. Auch hier sind Vorschläge bzw. Einladungen erwünscht.

Lasst uns also einen Neuanfang versuchen. Themen gibt es genug und Interessenten scheinen auch da zu sein. Wir sehen uns also zu den Beratungen!

*Michael Heinze*

## Randnotizen von der Sitzung des Kreisvorstandes



Am 06.02.2008 traf sich in der Geschäftsstelle in Grevesmühlen der Kreisvorstand zu seiner monatlichen Beratung.

In der Beschlusskontrolle erfolgte die Information über die im vergangenen Monat stattgefundenen Veranstaltungen.

Das war u. a. am 29.01.2008 eine Veranstaltung mit Genossin Dr. Martina Bunge zur Rentenproblematik, die stolze 170 Teilnehmer vermelden konnte.

Weiterhin hat sich die AG Senioren zu einer erneuten Beratung getroffen und die ersten Ziele

ihrer Arbeit festgelegt. Zur besseren Wirksamkeit ihrer Arbeit möchten sie einen ständigen Ansprechpartner aus dem Kreisvorstand - dem wurde entsprochen und die Genossin Hannelore Tretow mit dieser Aufgabe betraut.

Ebenfalls im Januar fand die Beratung mit den BO-Vorsitzenden statt - 16 von 19 BO waren bei dieser Veranstaltung vertreten.

Im weiteren Verlauf der Vorstandssitzung wurde ein neuer ständiger Tagesordnungspunkt beschlossen: Informationen aus der Arbeit der Kreistagsfraktion. Luise informierte darüber, dass in der nächsten Kreistagssitzung wichtige Entscheidungen anstehen

- Haushalt
- Was wird aus der Fahrbibliothek
- Wird das Unternehmen Bus und Reisen privatisiert?
- Muss das Agrarmuseum schließen?

Annegret informierte dann den Kreisvorstand darüber, dass es bislang noch nicht gelungen sei, einen Kandidaten für die Wahl zum Landrat zu gewinnen. Es wurden zahlreiche Gespräche geführt, die aber leider noch kein positives Ergebnis brachten. Es kamen in der anschließenden Diskussion noch einige Vorschläge zur Sprache und es wurde vereinbart noch einige Gespräche zu führen.

Um keine wertvolle Zeit zu verlieren, beschlossen wir einen vorläufigen Wahlfinanzplan um für alle Gegebenheiten gerüstet zu sein. Dieser soll auf der Gesamtmitgliederversammlung beraten werden.

Alle Mitglieder des Kreisvorstandes waren sich einig, dass mit allen Möglichkeiten verhindert werden soll, dass die CDU den Landrat stellt.

*Helga Brauer*

## Konzeption

### für die politische Bildung im Kreisverband NWM

#### 1. Zielstellung

Politische Bildung im Kreisverband soll alle Mitglieder und Sympathisanten ansprechen und Kenntnisse über die aktuelle Parteipolitik vermitteln, Diskussionen über politische Inhalte und Ziele anstoßen und führen und helfen, gesellschaftliche Zusammenhänge zu verstehen.

Es sollen die Auseinandersetzung mit politischen Grundsätzen und Zielen anderer politischer Gruppierungen geführt und Argumente für die Auseinandersetzung damit gefunden werden.

#### 2. Themenbereiche (Stichpunkte)

- Von der SED zur LINKEN - Traditionen und Brüche
- Geburtsort: DDR; Wohnort: BRD
- Hungern für den Staat - 1-Euro-Jobs und Mindestlohn
- Probleme der Europa-Politik der Partei
- Programmdiskussion - Ziele linker Politik
- Programmdiskussion - linke Grundsätze für Arbeit und

Beschäftigung (Wirtschaftspolitik)

- Programmdiskussion - Grund-sicherung
- Programmdiskussion - Demo-kratie / Grundsätze demokrati-scher Teilhabe

#### 3. Organisatorisches

Zur Auftakt-Veranstaltungen soll die Einladung an alle Mitglieder ergehen (Veröffentlichung im Kreisblatt, auf der Internetseite und per Brief an die BO-Vorsitzenden).

Im Folgenden sollen Veröffentlichungen im Kreisblatt, im Internet, per Mail und in Ausnahmefällen per Post an alle Mitglieder und speziell Interessierte erfolgen.

Durchgeführt werden sollen die Veranstaltungen möglichst an vielen Orten. Die Auftakt-Veranstaltung beginnt möglichst im Monat Februar (geplant 23.02.) in der Geschäftsstelle Grevesmühlen. Dabei sollten dann sowohl die Themenbereiche, konkrete Schwerpunkte als auch die gewünschten Tagungs-orte festgelegt werden.

Materialien speziell für die kreisliche politische Bildung sind nicht verfügbar. Für notwendig erachtete Materialien der Bundes- bzw. Landespartei, anderer politischer Gruppierungen und der Regierungen (Bund und Land) müssen je nach Bedarf über die Parteilinie bzw. Bildungsträger wie RLS beschafft werden. Zu empfehlen ist die Nutzung parteilicher periodischer Veröffentlichungen (Disput, Fraktionsreporte) sowie externer Veröffentlichungen (z.B. Konkret).

Finanziell sind zunächst keine Konsequenzen zu erwarten. Bei Nutzung der Geschäftsstellen GVM und GDB fallen keine Mietzahlungen an. Bei Ausweichen auf andere Orte bzw. Lokalitäten muss dieser Aspekt besonders geprüft werden. Gelder für Kopien fallen nicht bzw. nur in geringem Maße an. Pressezeugnisse bzw. andere Materialien sollten zuerst in Verantwortung der Teilnehmer beschafft werden. Weitergehende Fragen sind in den Beratungen zu klären bzw. per Antrag an den Vorstand zu regeln.

## Aufruf

Liebe Genossen, aktuelle Diskussionen über die geringe Zahl junger Mitglieder der Linken haben mich veranlasst diesen Artikel zu schreiben!

Wenn man bloß darauf hofft, dass junge Menschen in Parteien eintreten, dann kann man lange warten. Dieses Problem haben nicht nur wir sondern das haben alle Parteien. In unserer heutigen Zeit haben wenige junge Menschen Lust sich mit Politik zu beschäftigen oder gar in eine Partei einzutreten.

## linksjugend [solid]

Ich selber habe vor einem Jahr noch dabei mitgewirkt eine neue [solid] Gruppe in unserem Kreis zu gründen. Jedoch nicht weil [solid] der Jugendverband der Linken ist, sondern weil ich etwas gegen Rechtsextremismus tun wollte und jetzt bin ich mittlerweile auch als Mitglied der Linken aktiv.

Ich halte es deswegen für wichtig, dass die gegenseitige Unterstützung der [solid] und der Linken auf Kreisebene und in den BO's stärker voran getrieben wird um Jugendliche überhaupt erst einmal für politische Arbeit zu motivieren.

Ich möchte mich jedoch auch für die bisherige Unterstützung der Linken im Namen der [solid]-Regionalgruppe NWM bedanken. Besonderer Dank gilt dem Genossen Holger Ruschke der immer ein offenes Ohr für unsere Probleme hatte und versucht hat, mit dem Kreisvorstand eine Lösung zu finden.

Ich würde mich freuen wenn die BO's wenn Aktionen geplant sind mehr auf uns zu gehen damit wir überhaupt erst einmal wissen das Aktionen stattfinden. Wir sind natürlich bereit wo es geht die Linke zu unterstützen und so vielleicht auch im ganzen Kreisgebiet Leute für die [solid] zu begeistern.

Ich hoffe mit diesen Artikel einige Diskussionen angeregt zu haben. Und das weitere Vorschläge kommen um die Zusammenarbeit der [solid] und der Linken zu stärken.

Martin Mehlhose

## Westausdehnung und Regierungsfähigkeit

Von Helge Hartmann  
BO Schönberg)

Die Westausdehnung der PDS nach Westen zu blockieren war in den letzten 15 Jahren politischer Wille der Grünen, verbunden mit der Hoffnung, dass sich die PDS im Laufe der Jahre von selbst erledigt.

In einer Analyse über eine mögliche Öffnung der Grünen in Richtung CDU bzw. Linkspartei bezeichnet Ludger Volmer (1) die Wahlerfolge unserer Partei als „Super-GAU“ der Grünen. „Das Feld der epochalen Niederlage der Grünen ist die soziale Frage, das Kernthema der Linken ... Es sind die Grünen selbst die sich ihre Basis abgegraben haben.“ (2)

Ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei – so lauteten die Gründungsideen der Grünen. Mit diesem Selbstverständnis bei dem alle Werte gleichberechtigt waren, hatten die Grünen ab 1980 Erfolg. In der Phase des Beitritts der DDR ging diese Gleichwertigkeit verloren. Die Partei war tief gespalten. Um die Rückkehr in den Bundestag 1994 zu ermöglichen, vereinigte man sich mit Bündnis 90. Für viele von B-90 aus dem Osten war die soziale Frage gleich sozialistisch, gleich SED. In dieser Fusion Grüne - Bündnis 90 wurde die wertkonservative, ökologische und liberale Linie gestärkt (Antje Vollmer, Joseph Fischer).

Sozial und gewaltfrei wurden als Grundwerte zurück gesetzt. Unter Rot-Grün wurde 1999 im Krieg der NATO gegen die BR Jugoslawien die Gewaltfreiheit geopfert. Aufkeimende Globalisierungskri-

tik innerhalb der Grünen wurde nicht mehrheitsfähig. Öko- und Neoliberale (J. Fischer, Oswald Metzger) verdrängten in der Wirtschafts- Finanz- und Sozialpolitik die soziale Dimension hin zur liberalen Richtung (Agenda 2010). Da man so Volmer, soziologisch in der Mittelschicht verankert war, wurde die soziale Frage nicht mehr mit der Bekämpfung ungerechter Strukturen verknüpft.

Damit war die Stunde der PDS und WASG gekommen, nachdem man fünfzehn Jahre vorher nicht mit den verunsicherten Leuten aus SED-Trümmern reden wollte. Von den Schlussfolgerungen Volmers möchte ich zwei hervorheben. Erstens: Gleichzeitige Öffnung hin zur FDP und Linkspartei. Zweitens: „Und nur wenn der Oppositionscharme der Linken dekonstruiert wird, indem man diese Partei durch Regierungsbeteiligung dem Fundireal-Streit aussetzt, der einst die Grünen spaltete, tun sich neue Horizonte auf.“ (3)

Umso bemerkenswerter fand ich, das unser Europaabgeordneter Andre Brie in einem Vortrag vor dem Politischen Klub der Evangelischen Akademie Tutzing am 17.11. 2007 dafür plädierte, dass die Linkspartei vor der Bundestagswahl 2009 die Voraussetzungen schafft für ein Mitte-Links-Bündnis. (4) Das man sich Gedanken macht ist in Ordnung. Nur ist es nicht sinnvoller erst einmal in Opposition unsere Neugründung Die Linke. zu festigen und zu reifen? Eine Klärung unserer Programminhalte steht uns erst ein-

mal bevor. Von Linksruck der SPD und Grünen, als eine Voraussetzung eines Bündnisses kann ich nicht viel sehen. A. Brie selbst erklärt, dass die größten Probleme die SPD, Grüne und Linke miteinander haben, sich aus der Außen- und Sicherheitspolitik ergeben.

Wie sagt ein Sprichwort? Man soll die Kücken erst zählen wenn sie geschlüpft sind.

- (1) Ludger Volmer war Anfang der 90iger Jahre Vorsitzender der Grünen. 1998-2002 Staatsminister. Dozent FU Berlin Berlin.
- (2) In [www.gruene-linke.de](http://www.gruene-linke.de)
- (3) ebenda
- (4) vgl. Zeitschrift Freitag 49/2007 7. Oktober 2007 S. 10



Dokumentarfilm von Martin Kessler über die Gipfelproteste in Rostock und Heiligendamm

mit Monty Schädel, Koordinator des Rostocker G8-Bündnisses und Bundesgeschäftsführer der DFG-VK

Filmbüro M-V, Bürgermeister-Haupt-Str. 51 - 53, Gemeinsame Veranstaltung mit Attac Wismar

## Gedenken an Opfer des NS-Regimes



„Wer heute zum Gedenken der Millionen Ermordeten hierher gekommen ist, weiß, dass die Verbrechen des deutschen NS-Terrors in der Welt als einzigartige Schande stehen. Dennoch verblasst die Erinnerung daran.“ Mit diesen Worten begann Herr A. Lausen (Amtsleiter im Amt Gadebusch) die Gedenkveranstaltung. Um eben diese Erinnerung wach zu halten, haben am 27. Januar wieder viele Genossen und Vertreter von Stadt und Gemeinden der Opfer in würdiger Form gedacht.

Jörg Möller

Die Rede von A. Lausen findet ihr im Wortlaut auf unserer Homepage.

# Deutsche Soldaten an die Front !!!

Von Horst Neumann  
Friedensinitiative Bad Kleinen

Dieser Ruf kommt nicht nur aus den USA und dem NATO-Hauptquartier, sondern wird trotz gegenteiliger Beteuerungen von der deutsche Regierung auch Schritt für Schritt umgesetzt.

Die gegenwärtig noch lautstarke aber schon widersprüchliche Zurückweisung der Forderungen der USA und des NATO-Hauptquartiers nach einem Einsatz deutscher Soldaten bei den Kämpfen im Süden, soll die Akzeptanz der Ausweitung der deutschen Kriegsbeteiligung bei der Bevölkerung fördern.

Gleichzeitig wird vom kürzlich gefassten Beschluss der Bundesregierung abgelenkt, Kampftruppen nach Afghanistan zu entsenden, die sich ab Sommer 2008 an Angriffsoperationen der anderen NATO-Truppen im Norden beteiligen sollen.

Das ist, trotz gegenteiliger Beteuerungen, zwar im Mandat des Bundestages vom Herbst 2007 zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan nicht enthalten, wird aber im Parlament keine Schwierigkeiten bereiten, wie eine durch die Linke beantragte Debatte zu dieser Frage bereits zeigte.

Entgegen aller Vernunft und dem deutlichen Mehrheitswillen des deutschen Volkes hatten die Abgeordnete des Deutschen Bundestages, außer den Linken, im Herbst 2007 für die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr am NATO-Einsatz ISAF, einschließlich der Tornadoeinsätze in Afghanistan gestimmt. Beruhigt wurden zweifelnde Abgeordnete aus anderen Parteien immer wieder damit, dass das Mandat ja nur der Sicherung des friedlichen Aufbaus

diene. Dabei war schon bekannt, dass seit dem Einsatz Deutscher Tornados für die Aufklärung die Anzahl der NATO-Angriffe und die der zivilen Opfer stark angestiegen waren (im ersten Halbjahr 2007 mehr als 314, nach offiziellen Angaben.)



Bekannt war auch, dass mit der Weiterführung der Einsätze unweigerlich eine schrittweise Ausweitung der Beteiligung an den Kämpfen im Süden des Landes verbunden ist, in die jetzt schon deutsche Fernmeldetechniker, Tornados, Transall-Maschinen für

Lufttransporte und Berater einbezogen sind. Für die von den USA geplante Erweiterung der Kriegshandlungen auf das Territorium Pakistans werden weitere Truppen der NATO-Partner gebraucht, u. a. auch deutsche.

Mit der Ausweitung der deutschen Kriegseinsätze in Afghanistan werden auch die Anzahl toter deutscher Soldaten und die Gefahr eines Terroranschlags in Deutschland ansteigen.

Für die Mitglieder unserer Friedensinitiative in Bad Kleinen, wird es unverständlich bleiben, wie Abgeordnete, die den Eid geschworen haben, Schaden vom unserem Volk abzuwenden, deutsche Soldaten bedenkenlos und vorsätzlich in den möglichen Tod schicken. Sind es wirklich die hohen Abgeordnetenbezüge, mit denen ein etwa noch vorhandenes Gewissen beruhigt werden kann?

## Der »Club der Seitenwechsler«

Ehemalige Mitglieder der Regierung Schröder haben nach ihrem Ausscheiden aus der Regierungsverantwortung 2005 in sehr kurzer Zeit eine Beschäftigung in Unternehmen aufgenommen, die einen engen Zusammenhang mit ihrer zuvor für die Bundesregierung ausgeübten Tätigkeit nahelegt.

DIE LINKE forderte bereits im März 2006, früheren Mitgliedern der Bundesregierung zu untersagen, in den ersten fünf Jahren nach ihrer Regierungsverantwortung eine Tätigkeit in der Privatwirtschaft aufzunehmen. Ulrich Maurer, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE, bringt es auf den Punkt: "Dieser Club der Seitenwechsler stellt offenkundig zur Schau, von welchem Schlag die rosarot-grünen Politiker sind, sobald sie exponierte Posten innehaben. Diesen Herrschaften geht es nie um Verantwortung gegenüber den Wählern. Sie zeigen nur Verantwortung gegenüber sich selbst."

In einer umfassenden Studie, die im November 2007 veröffentlicht wurde, haben Heidi Klein und Tillmann Höntzsch von LobbyControl die sozialdemokratischen und bündnisgrünen Seitenwechs-

ler unter die Lupe genommen. Die Studie listet u. a. folgende hochrangige Vertreter/innen der Regierung Schröder II (also von 2002 - 2005) auf:

**WOLFGANG CLEMENT, SPD, BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTER**

- Aufsichtsratsmitglied der Zeitarbeitsfirma Deutsche Industrie Service Ag (DIS AG), jetzt Adecco
- Vorsitzender der Denkfabrik Adecco Institut zur Erforschung der Arbeit
- Aufsichtsratsmitglied bei Dussmann, Landau Media AG, RWE-Power, DuMont Schauberg Verlag
- Vorsitzender im Beirat von Wolters Kluwer
- Beiratsmitglied bei Citygroup
- Mitglied im Konvent für Deutschland
- Gastprofessor an der NRW School of Governance

**HANS EICHEL, SPD, BUNDESFINANZMINISTER**

- Mitglied des Bundestages
- Vorsitzender des parlamentarischen Gesprächskreises Transrapid
- Mitglied des Aufsichtsrates der MP Marketing Partner AG
- Mitglied im Steering Komitee

des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung

**OTTO SCHILLY, SPD, BUNDESINNENMINISTER**

- Mitglied des Bundestages
- Aufsichtsratsmitglied bei Biometric Systems AG (Hersteller von biometrischen Anwendungen; Amt niedergelegt am 15.05.2007)
- Aufsichtsratsmitglied und Anteilseigner bei SAFE ID solutions AG (Hersteller von biometrischen Anwendungen)
- Rechtsberater für Siemens AG
- Beteiligung bei German Consult GmbH (Geschäftsführer Peter Zühlsdorf)



- Beirat in der Standort-Image-Kampagne Land der Ideen (zusammen mit Zühlsdorf)
  - Rechtsanwalt in Otto Schilly Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
- REZZO SCHLAUCH, BÜNDNIS 90/GRÜNE, PARLAMENTARISCHER STAATSEKRETÄR IM**

**WIRTSCHAFTSMINISTERIUM**

- Mitglied im Beirat der Energie Baden-Württemberg (EnBW), (50% der Anteile bei EDF, die in Deutschland zwei Atomkraftwerke betreibt)
- Mitglied im Aufsichtsrat der Spreadshirt AG
- Berater bei der Grundstückssuche für ein ungenanntes Entsorgungsunternehmen
- Rechtsanwalt bei Mayer & Kampli

**GERHARD SCHRÖDER, SPD, BUNDESKANZLER**

- Aufsichtsratsvorsitzender Nord Stream AG (Gesellschafter u. a. 51% Gazprom 24,5% E.ON Ruhrgas)
- Berater bei Ringier AG (u. a. Cicero, Umsatz 2005: 1,256 Mrd. Fr.)
- Mitglied im europäischen Beirat der Rothschild-Investmentbank (Unternehmens-transaktionen u. a. Deutsche Bahn, E.ON, Wella, t-online, Holsten, Henkel)
- Rechtsanwalt in der Bürogemeinschaft Fromberg & Kollegen

Quelle: WWW.LOBBYCONTROL.DE, Studie »Fliegende Wechsel - die Drehtür kreist. Zwei Jahre danach - Was macht die Ex-Regierung Schröder II heute?«, Heidi Klein und Tillmann Höntzsch



## Sicherheits- training kann beginnen

**GADEBUSCH** vobo - Das Projekt "Gegen Gewalt und Missbrauch" an der Gadebuscher Heinrich-Heine-Schule kann starten. Zu verdanken hat dies der Schulförderverein Gadebusch der Stadtpräsidentin **Luise Krüger**. Anlässlich ihres 70. Geburtstages hegte Luise Krüger nur einen Wunsch: "Eine Spende, um dieses Jugendprojekt unterstützen zu können." Und da ließen sich die zahlreichen Gäste Anfang Januar nicht zweimal bitten.

Voller Freude über die Resonanz, überreichte Krüger gestern einen Scheck in Höhe von 1282 Euro. Eine Summe, mit der nicht einmal die Jubilarin gerechnet hatte. Somit bedankte sich Anke Dobberhaus als Vorsitzende des Schulförderverein ganz besonders bei Luise Krüger: "Diese Spende ermöglicht es uns, unter professioneller Anleitung gemeinsam mit den Grundschulern ein Sicherheitstraining zu organisie-

ren." Gewalt und Missbrauch seien leider aktuelle Themen in unserer Gesellschaft. "Somit liegt es Nahe, die Mädchen und Jungen mit mehr Selbstbewusstsein auszustatten, um sie auf diese Weise vor möglicher Gewalt und Missbrauch zu schützen", fügt Krüger hinzu.

Das Sicherheitstraining startet im Juni kommenden Jahres. "Es ist schön zu wissen, dass die Elternschaft der Klassen voll dahinter steht", betont Dobberhaus.

Das Sicherheitstraining ist aus Sicht der Fördervereinsmitglieder eine Möglichkeit vorbeugend tätig zu werden. Somit setzen die Eltern auf Vielfalt und dazu gehört auch das Projekt Puppentheater mit passenden Stücken und gleichzeitiger Belustigung der Kinder. "Wer unsere Arbeit unterstützen möchte, der ist jederzeit willkommen", so Jörg Möller. Dabei sei es egal ob es sich um aktive Hilfe oder einer finanziellen Beteiligung handelt. Wer sich über die Arbeit des Schulfördervereins informieren möchte, der hat im Internet unter [www.sfv-gadebusch.de](http://www.sfv-gadebusch.de) die Möglichkeit dazu.

Quelle: Schweriner Volkszeitung vom 30. Januar 2008

## Herzlichen Glückwunsch

Der Kreisvorstand der LINKEN. Nordwestmecklenburg gratuliert allen Genossinnen und Genossen die im Monat März 2008 Geburtstag haben, ganz herzlich und wünscht ihnen alles erdenklich Gute. Besondere Glückwünsche gehen an:

Ernst Hahn aus Selmsdorf zum 81. am 04.03., Gertrud Simanzik aus Herrnburg zum 84. am 04.03., Hella Suhrbier aus Dassow zum 85. am 15.03., Erika

Reuter aus Grevesmühlen zum 77. am 15.03., Heinz Benthin aus Wahrsov zum 70. am 17.03., Manfred Lieck aus Schönberg zum 70. am 18.03., Egon Schümann aus Schattin zum 78. am 21.03., Erika Prochnow aus Gadebusch zum 72. am 28.03., Wilfried Kropp aus Grevesmühlen zum 79. am 28.03., Winfried Hiller aus Grevesmühlen zum 75. am 29.03. und Vera Schild aus Hundedorf zum 72. am 30.03.2008.



**Weiterbildung & Networking:  
Das Gipfeltreffen.**

**rls**  
Rostocker Landesverband

Jetzt anmelden:  
[www.linke-medienakademie.de](http://www.linke-medienakademie.de)

**5. Akademie für linke Medienmacher/innen**  
Berlin 6.-9. März 2008 · [www.linke-medienakademie.de](http://www.linke-medienakademie.de)

## OSTSEE ZEITUNG

Mittwoch, 13. Februar 2008

### Braucht Warin ein Einkaufs- zentrum?

**Zwischen Brüeler und Bützower Straße soll ein neues Einkaufszentrum entstehen. Dagegen regt sich Widerstand in Warin. OZ sprach mit Wolfgang Griese, einem der Kritiker.**

**OZ:** Herr Griese, warum sind sie als Stadtvertreter gegen Investitionen in Warin?

**Griese:** Als Baumensch bin ich überhaupt nicht gegen Investitionen. Aber was auf der Fläche zwischen Brüeler und Bützower Straße passieren soll, macht unsere Stadt kaputt. Fast 3000 Quadratmeter Einkaufsfläche sollen dort entstehen, 1,3 Hektar Gartenland versiegelt werden. Das Ergebnis wird sein, dass der gegenüberliegende Edeka-Markt leer steht. Auch Norma hat die

Schließung in der Innenstadt bereits angekündigt, sollte dieses Projekt verwirklicht werden. Schon jetzt sind viele Geschäfte in der Stadt leer. Dieser Trend wird sich fortsetzen.

**OZ:** Neben der unabhängigen Stadtvertreterin Barbara Meier haben ihre Fraktionskollegen von Die Linke, Manfred Mündel und Wolf Koschitzke, eine entsprechende Information an die Wariner Haushalte unterzeichnet. Welcher politische Wille steckt hinter Ihrem Widerstand?

**Griese:** Gar keiner. Uns geht es ausschließlich darum, städteplanerischen Fehlentwicklungen zu vermeiden. An der gleichen Stelle eine kleinere Verkaufseinrichtung, vielleicht in Kombination mit einer Tankstelle, könnte ich mir vorstellen. Ansonsten hätten wir in Warin an anderen Standorten dringenden Handlungsbedarf.

**OZ:** Zum Beispiel?

**Griese:** Die Nutzung und Gestal-

tung des ehemaligen Krankenhausesgeländes oder eine großräumige Umgestaltung der Wismarschen Straße im Bereich der 90-Grad-Kurve. Das würde die Stadt wirklich voran bringen, nicht aber ein Einkaufszentrum an der Peripherie.

**OZ:** Wie weit ist das Vorhaben schon fortgeschritten?

**Griese:** Die Stadtvertretung hat mehrheitlich die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Einkaufszentrum beschlossen. Das war in der öffentlichen Auslegung. Inzwischen sind die Stellungnahmen eingegangen. Die sollen in der Stadtvertreterversammlung am 20. Februar abgewägt werden.

**OZ:** Gab es viel Widerspruch?

**Griese:** Hier auf Details einzugehen, würde zu weit führen. Aber der Kreis moniert zum Beispiel, dass ein vereinfachtes B-Plan-Verfahren zur Anwendung kommen soll. Dies würde zum Beispiel keine Umweltverträglichkeitsprüfung beinhalten. Diese sei aber am

Stadtrandgebiet dringend geboten. Auch ich halte ein vereinfachtes Planverfahren bei einem Vorhaben dieser Größenordnung für nicht gesetzeskonform.

**OZ:** Hinter dem Projekt steht ein einheimischer Investor aus der Stadt. Wäre dies nicht ein Grund mehr, dem zuzustimmen?

**Griese:** Ich betone noch einmal, hier geht es nicht um Personen oder Parteiinteressen, sondern einzig darum, was für die Entwicklung der Stadt Warin gut und richtig ist. Meine Berufserfahrung in der Bauwirtschaft lehrt, dass die Eröffnung eines solchen, zu unserer Kleinstadt in dieser Dimension in keiner Weise passenden Einkaufszentrums unverzüglich und rasant den Prozess der Verödung unserer Innenstadt forcieren wird. Das kann ich nicht teilnahmslos hinnehmen, nachdem Millionen Städtebaufördermittel dorthin geflossen sind.

Interview: K. SCHULZ